

# Die europapolitischen Positionen der Ampel

## Stellungnahme aus der Attac-AG Europa

1. Für den europapolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung gilt noch mehr als für die innenpolitischen Themen die Tonlage der Absichtserklärung, des „*wir wollen...*“, „*wir befürworten.*“ und „*wir unterstützen...*“ und des Bekenntnishaften. Das liegt auch daran, dass die Ampel hier trotz ihrer machtpolitisch starken Position in der EU keine unilateralen Entscheidungen über den Kopf der anderen Mitgliedsstaaten treffen kann. Zudem will man auch nicht den Eindruck eines deutschen Hegemonialanspruchs erwecken.
2. Das Bekenntnishaft dient dazu, eine Grundhaltung zu demonstrieren, die als in höherem Maße „*pro-europäisch*“ als die der Vorgängerregierung wahrgenommen werden soll.
3. So bekennt sich die Ampel auch zur Weiterentwicklung der EU „*zu einem föderalen europäischen Bundesstaat,*“ vulgo: die *Vereinigten Staaten von Europa*. Allerdings erteilte Polen dem bereits beim Antrittsbesuch Baerbocks in Warschau eine öffentliche Abfuhr. Auch der finnische Staatspräsident hat sich - zwar diplomatischer, aber - in der Sache klar dagegen ausgesprochen. Er dürfte für viele Mitgliedsländer stehen. Ganz zu schweigen davon, dass weder die französischen Eliten noch die französische Bevölkerung sich auf so etwas einlassen, so lange Deutschland nicht nur das bevölkerungsreichste, sondern auch mit Abstand das ökonomisch stärkste Mitgliedsland ist. An einer EU mit einem so dominanten Deutschland hat außerhalb Deutschlands niemand Interesse.
4. Die Koalitionsvereinbarung formuliert klar die entscheidende Motivation dafür: es geht darum, die EU zu einer Großmacht oder gar Supermacht zu machen, und nicht etwa emanzipatorische Ziele zu verfolgen, wie Frieden schaffen und einem humanistischen Internationalismus zum Durchbruch zu verhelfen. Unter dem von Macron eingebrachten Begriff „*strategische Souveränität*“ sind Großmachtambitionen in den traditionellen Kategorien geopolitischer Machtpolitik seit einigen Jahren zum Dreh- und Angelpunkt der EU-Politik geworden. Das bestimmt auch zunehmend die einzelnen Politikfelder. Angesichts der Umbrüche im internationalen System ist den politischen, ökonomischen und ideologischen Eliten der Gedanke unerträglich, dass die 500-jährige Epoche von Kolonialismus, Imperialismus und Neo-Kolonialismus zu Ende geht, in der am europäischen Wesen die Welt genesen sollte.
5. In diesem Geiste werden Absichtserklärungen u.a. zu Themen formuliert wie: Stärkung des EP durch Verleihung eines Initiativrechts, eines verbindlichen Spitzenkandidaten und die Vereinheitlichung des Wahlrechts. Gestärkt – und das meint meistens vereinheitlicht – werden sollen Energieversorgung, Gesundheit, Rohstoffimporte, Infrastruktur, digitale Technologie, Binnenmarkt und Währungsunion. Einsetzen will man sich auch für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik, für die Banken- und die Kapitalmarkunion und die „*angemessene*“ Regulierung von Schattenbanken. Die FDP hat mehrfach Duftnoten für „*Entbürokratisierung*“ und den „*Mittelstand*“ gesetzt, und die SPD-Linke hat ihr seit 30 Jahren erfolgloses Mantra von der Stärkung der sozialen Dimension der EU in den Text reingebracht.
6. Das meiste dieses bunten Straußes ist Schlagwortdropping. Die harten Probleme, darunter die ungelösten Fragen des Euro-Regimes, oder die künstliche Beatmung der Staatskassen und der Finanzmärkte durch die EZB, werden nicht thematisiert.
7. Bei aktuellen Konfliktthemen wie die umstrittene Rolle des EuGHs, wo nicht nur Polen, sondern u.a. auch das oberste französische Gericht keineswegs eine vorbehaltlose Prerogative der EU-Ebene akzeptiert, oder bei den Spannungen mit Ungarn und Polen bekräftigt die Ampel den Konsens derer, die sich für die „*Mitte der Gesellschaft*“ halten.

8. Die europapolitischen Aspekte des heißen Themas *Migration* finden sich in dem gesonderten Kapitel „*Integration, Migration Flucht*“. Dort wird die Illusion einer „*grundlegenden Reform des Europäischen Asylsystems*“ formuliert. Man will das „*Leid an den Außengrenzen*“ beenden, trägt aber die Maßnahmen zur Stärkung der *Festung Europa*, wie die Aufrüstung von FRONTEX mit.

9. Koalitionsinternes Konfliktpotential wird sichtbar u.a. am Stabilitätspakt. Das wird an der diplomatischen Formulierung: „*Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) hat seine Flexibilität bewiesen. Auf seiner Grundlage wollen wir Wachstum sicherstellen, die Schulden Tragfähigkeit erhalten und für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen sorgen. Die Weiterentwicklung der fiskalpolitischen Regeln sollte sich an diesen Zielen orientieren, um ihre Effektivität angesichts der Herausforderungen der Zeit zu stärken.*“ Das ist nicht mehr der knallharte Austeritätskurs von Schäuble & Co. Aber so richtig aus dem Spiel ist der auch noch nicht. Ein klassischer Fall von Übergangsphase in den Kräfteverhältnissen. Hier wird eine der Hauptkampflinien der kommenden Jahre sowohl innenpolitisch als auch in der EU liegen.

10. In Übereinstimmungen mit der grundsätzlichen Orientierung auf „*strategische Souveränität*“ wird die Militarisierung der EU thematisiert. Dabei identifiziert sich die Koalition vorbehaltlos mit den laufenden Projekten, von PESCO (Kampfflugzeug, Panzer etc.) über die Schaffung gemeinsamer Kommandostrukturen bis hin zu einem zivil-militärischen Hauptquartier. Allerdings gilt dabei als rote Linie: „*Bei allen diesen Schritten muss die Interoperabilität und die Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.*“ Zwar war der Integrationsprozess von seinen Anfängen in der Montanunion schon immer auch der zivil-ökonomische Arm der NATO und deren Hegemonialmacht USA. Aber hier markiert Berlin jetzt - ohne es beim Namen zu nennen - eine Differenz mit Frankreichs Haltung zur NATO, der Macron den „*Gehirntod*“ attestiert hat.

11. Die deutsch-französische Achse, bildet die Spitze in der machtpolitischen Hühnerleiter der EU und ist als informelles Machtzentrum, als Kondominium, gedacht. Von ihrem Funktionieren hängt entscheidend ab, was geht und was nicht. Seit geraumer Zeit eiert die Achse. Mit der Ampel wird es auf einigen Gebieten eine Verbesserung der Kooperation mit Paris geben. So in einer weniger harten Haltung bei Stabilitätspakt und Staatsverschuldung. Möglicherweise kommt es auf Druck Frankreichs, Italiens u.a. sogar zu einer offenen Revision der Maasrichterkriterien. Das Programm *Next Generation EU*, mit dem Brüssel auf Corona reagiert, wird zwar als „*zeitlich und in der Höhe begrenztes Instrument*“ bezeichnet. Aber der Druck der post-Corona Probleme dürfte dazu führen, dass Berlin auch hier konzilianter wird. Allerdings werden dafür an anderer Stelle neue Widersprüche aufbrechen, so z.B. bei der Atomenergie. Frankreich hält nicht nur an seinen 57 Reaktoren fest, sondern plant den Bau neuer, sog. Minireaktoren, und sorgt dafür, dass Atomenergie im Klassifikationssystem der EU als nachhaltig eingestuft wird. Auch im *Kalten Krieg 2.0.* gibt es Differenzen. Der deutsche Kapitalismus hat massive Interessen in China und – weniger massiv – auch in Russland. Während Paris davon unbelastet sich international als Champion des Menschenrechtsimperialismus und als Anführer der EU profilieren kann. Macron hofft so, die ökonomische Dominanz der Deutschen wenigstens zu kompensieren.

12. Fazit: Auf einigen Politikfeldern dürfte es zu etwas „*Mehr Europa*“ kommen, während es auf anderen, wo zentrifugale Tendenzen bereits bestehen, beim alten bleibt bzw. es werden neue Widersprüche hinzukommen. Unterm Strich dürfte die Kette multipler Krisen - Finanzcrash, Eurokrise, Brexit, Migration, Erosion des transatlantischen Verhältnisses, Instabilität der nationalen politischen Systeme, Corona etc. - nicht abreißen. Im Gegenteil, die Dekarbonisierung. D.h. die Ersetzung der Energiebasis des Kapitalismus durch erneuerbare Energien wird in den nächsten Jahrzehnten zu enormen Verwerfungen und Konflikten führen. Der vorherrschende Politiktypus der EU wird daher das *muddling through* bleiben - auf abschüssiger Bahn.